



WISSENSCHAFTLICHE  
DIENSTE  
DES  
DEUTSCHEN  
BUNDESTAGES

## AUSARBEITUNG

---

**Thema:** Die wirtschaftspolitische Grundsatzprogrammatis  
von CDU und SPD seit 1945

**Fachbereich V** Wirtschaft und Technologie;  
Verbraucherschutz, Ernährung und  
Landwirtschaft, Tourismus

Tel.: [REDACTED]

**Verfasser/in:** [REDACTED]

**Abschluss der Arbeit:** 28. November 2005

**Reg.-Nr.:** WF V - 182/05

---

Ausarbeitungen von Angehörigen der Wissenschaftlichen Dienste geben **nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung** wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung des einzelnen Verfassers und der Fachbereichsleitung. Die Ausarbeitungen sind dazu bestimmt, das Mitglied des Deutschen Bundestages, das sie in Auftrag gegeben hat, bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

<b>Inhaltsverzeichnis</b>		<b>Seite</b>
1.	Einleitung	3
2.	Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Grundsatzprogrammik der CDU	3
2.1.	Ahlener Programm (1947), Düsseldorfer Leitsätze (1949) und Hamburger Programm (1953)	3
2.2.	Berliner Programm (1968) und erstes Grundsatzprogramm (1978)	5
2.3.	Stuttgarter Leitsätze (1984) und zweites Grundsatzprogramm (1994)	7
3.	Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Grundsatzprogrammik der SPD	11
3.1.	Von 1945 bis zum Godesberger Programm (1959)	11
3.2.	Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985 (Orientierungsrahmen '85)	13
3.3.	Zweites Grundsatzprogramm (1989) und Ergänzungen (1998)	14
4.	Quellen	18

## 1. Einleitung

Die vorliegende Ausarbeitung beschreibt die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Grundsatzprogrammatik von CDU (Abschnitt 2) und SPD (Abschnitt 3) von 1945 bis zu den derzeit gültigen Grundsatzprogrammen. Die Vielzahl der in den Programmentexten angesprochenen Einzelpunkte macht eine Beschränkung auf wesentliche Grundaussagen und beispielhafte Ergänzungen im Einzelfall notwendig. Die Ausarbeitung stützt sich neben der aufgeführten Sekundärliteratur auf die Programmtexte selbst. Dabei ist zu beachten, dass die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Parteien nur zu einem begrenzten Teil Ergebnis grundsätzlicher Programmarbeit sind, sondern ihre Prägung auch durch Regierungshandeln und Wahlprogramme erfahren. Solche Elemente der wirtschaftspolitischen Konzeptionen von CDU und SPD bleiben in dieser Ausarbeitung unbeachtet.

## 2. Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Grundsatzprogrammatik der CDU

### 2.1. Ahlener Programm (1947), Düsseldorfer Leitsätze (1949) und Hamburger Programm (1953)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sammelten sich unterschiedliche Strömungen unter dem Dach der späteren CDU. Dementsprechend lassen sich in den frühen programmatischen Schriften zumindest zwei Richtungen wieder finden: Auf der einen Seite standen katholisch-soziale Entwürfe, während andererseits protestantisch-konservative Überlegungen zum Ausdruck kamen. So waren die ersten Parteiprogramme von einem Ringen um einen Kompromiss zwischen beiden Gruppen geprägt (vgl. BÖSCH 2002: 12). Die CDU in der britischen Zone legte 1947 das **Ahlener Programm** vor. Es ist später als Ausdruck der Vorstellungen eines „christlichen Sozialismus“ gedeutet worden. In den Eingangssätzen heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. [...] Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Zur Umsetzung dieser Grundsätze wurden Maßnahmen wie die Vergemeinschaftung zentraler Industriebereiche, eine Zentrale Planung, die Entflechtung von Konzernen und die Begrenzung privaten Aktienbesitzes vorgeschlagen (vgl. MÜHLEISEN 1996: 56). Betrachtet man die historische Situation der Entstehung, war das Ahlener Programm der CDU mehr ein Dokument tagespolitischen Kalküls als eine langfristige Vision für die Wirtschaftsordnung Deutschlands (vgl. GOTTO 1997: 3-4; BUCHHAAS 1981: 151-171). Doch klang auch im Ahlener

Programm bereits die Ablehnung eines „Staatssozialismus“ an und wurde die Forderung nach einer Wirtschaftsordnung erhoben, „die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zum technischen Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des einzelnen läßt“ (vgl. HINTZE 1995: X-XI).

Ein Jahr nach der Währungsreform hatte sich bereits erwiesen, dass die Freigabe von Löhnen und Preisen und eine marktwirtschaftliche Ordnung dazu führen konnten, den Wohlstand für das deutsche Volk schnell zu verbessern. Die **Düsseldorfer Leitsätze** vom Juli 1949 enthalten folgerichtig eine Ablehnung der Einzelmaßnahmen des Ahlener Programms. Dennoch wurde weiter ein „dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ vorgeschlagen. Hiermit wurde der Begriff der so genannten „Sozialen Marktwirtschaft“ erstmals eingeführt, der bis in die Gegenwart ein programmatischer Leitstern für die CDU geblieben ist. In ihm gelang die Versöhnung der beiden Hauptströmungen innerhalb der CDU. Einerseits wandten sich die Düsseldorfer Leitsätze gegen eine „Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitszeit und Absatz“ und setzten auf marktwirtschaftliche Koordinationsmechanismen. Andererseits sollte die Wirtschaftspolitik den Markt beobachten und durch Geld-, Handels-, Steuer- und Sozialpolitik eingreifen dürfen (vgl. BÖSCH 2002: 19). „Soziale Marktwirtschaft“ wird von den Programmautoren folgendermaßen umschrieben:

„Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichen Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch die Freiheit und Bindung, die in der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommt. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert.“ (HINTZE 1996: XII)

Einen vorläufigen Endpunkt fand die wirtschaftspolitische Konzeption der CDU mit dem ersten Programm der Bundespartei aus dem Jahre 1953, dem so genannten **Hamburger Programm**, das vorrangig Rechenschaftsbericht der ersten Wahlperiode und Wahlplattform für die zweite Bundestagswahl war. Der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ war seit 1949 mit einer erfolgreichen wirtschaftspolitischen Praxis ausgefüllt worden. Somit löste man sich endgültig von den Sozialisierungsplänen der Nachkriegszeit. Im Programmtext heißt es: „Verstaatlichung und sozialistisches Gemeineigentum sind keine Lösung der sozialen Frage.“ Dagegen sollte das Eigentum in allen Schichten des Volkes gefördert werden. Verstaatlichung und Gemeineigentum waren „Mitbestimmung und Miteigentum gewichen.“ Aus der zentralen Planung der Wirtschaft war nun endgültig „die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit marktge-

rechten Mitteln“ geworden. Was blieb, war eine angestrebte „soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft.“ Damit hatte sich die „Soziale Marktwirtschaft“ als wirtschaftspolitisches Grundkonzept der CDU etabliert und wurde während der weiteren Regierungszeit von Adenauer und Erhardt bis zum Ende der 60er Jahre nicht durch weitere Programmschriften, sondern durch die Regierungspraxis konkretisiert und fortentwickelt (vgl. BÖSCH 2002: 25; MÜHLEISEN 1996: 57-58).

## 2.2. Berliner Programm (1968) und erstes Grundsatzprogramm (1978)

Erst die Große Koalition (1966-1969) und der anschließende Wechsel in die Opposition wurden zum Impuls für eine Fortentwicklung der Programmatik der CDU. Auf dem Berliner Parteitag 1968 hatte es eine intensive mehrstufige Programmdiskussion gegeben, die 1969, 1971 und schließlich 1973 auf dem Parteitag in Hamburg unter Beibehaltung der Bezeichnung „**Berliner Programm**“ abgeschlossen wurde. Hierin wurde die „soziale Marktwirtschaft als Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ angesehen und dieser Ausdruck als Überschrift für das Kapitel der wirtschaftspolitischen Vorstellungen gewählt. In diesem Abschnitt bekannte sich die CDU unter anderem zu den wirtschaftspolitischen Zielen des „magischen Vierecks“: Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht. Dazu wurde eine aktive Konjunkturpolitik als notwendig erachtet. Für „Zukunftsaufgaben“ sollte die Staatsquote erhöht werden dürfen. Das Programm strebte eine Weiterentwicklung der mittelfristigen Finanzplanung der öffentlichen Haushalte an und forderte eine umfassende Steuerreform. Ein unabhängiges Kartellamt sollte eingerichtet werden. Außerdem enthielt das Programm Überlegungen zu einer zeitgemäßen Energie- und Verkehrspolitik (vgl. SCHÖNBOHM 1980: 80-82, ASMUSSEN 1978: 813-828).

Zwar hielt die CDU insgesamt an ihrer grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Orientierung fest, aber die im Berliner Programm genannten Forderungen nach dem Abbau der Vermögenskonzentration, dem Miteigentum am Produktivvermögen und der Sozialpflichtigkeit des Baubodens waren erkennbar vom Zeitgeist geprägt und nahmen damit Ideen der 50er Jahre über die Notwendigkeit von Umverteilung auf (vgl. MÜHLEISEN 1996: 60). Die umstrittenste Einzelfrage betraf die betriebliche Mitbestimmung in Großunternehmen. In der Hamburger Ergänzung des Berliner Programms sprach sich die CDU für eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte aus, wobei der Vorsitzende in Pattsituationen das Entscheidungsrecht innehaben sollte (vgl. BÖSCH 2002: 34).

Erstmals wurde im Hamburger Programm die wirtschaftliche Entwicklung mit den Erfordernissen des Umweltschutzes in Zusammenhang gebracht, deren Berücksichtigung von der Wirtschaftspolitik gefordert wurde. Dabei wurde die Etablierung des Verursacherprinzips angestrebt: „Wir werden durchsetzen, daß grundsätzlich derjenige

Umweltschäden zu beseitigen hat, der sie verursacht“ (vgl. HINTZE 1996: XVI). Die Entwicklungspolitik sollte nach dem Willen der Programmautoren „alle Schichten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gerecht beteiligen“, womit sie erstmals als Teil der Außenwirtschaftsbeziehungen programmatisch verankert wurde (vgl. MÜHLEISEN 1996: 59).

Die **Mannheimer Erklärung** von 1975 kann als Übergang zum ersten Grundsatzprogramm von 1978 betrachtet werden. In ihr steht die so genannte „Neue Soziale Frage“ im Mittelpunkt. Sie schärfte das sozialpolitische Profil der CDU und definierte die gesellschaftlichen Konfliktlinien aus Sicht der Partei: Nicht die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit stehe im Mittelpunkt der sozialen Frage, sondern der Konflikt zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen. Damit grenzte man sich von den Gewerkschaften ab und beanspruchte die Vertretung von Gruppen wie Alleinerziehenden, Alten, Arbeitslosen oder Behinderten (vgl. BÖSCH 2002: 35-37).

Im Oktober 1978, auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen, verabschiedete die CDU ihr **erstes Grundsatzprogramm** mit dem Titel: „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“. Ihm waren siebenjährige Vorarbeiten vorangegangen. Inhaltlich wurden hiermit die Grundlagen der späteren Regierungszeit Helmut Kohls bis zur deutschen Wiedervereinigung gelegt. Im Programm fanden sich unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppierungen vertreten und es vereinte grundsätzliche christlich-liberale Programmatik mit den Erfordernissen eines konservativen Regierungsprogramms, das die Meinungen verschiedener Interessenvertreter zu berücksichtigen hatte (vgl. MÜHLEISEN 1996: 61). Durch zahlreiche Kompromisse „war das Grundsatzprogramm zu einem Integrationsprogramm geworden. Der Text war ein bunter Strauß, der qua definitionem im Grundsätzlichen blieb. Eher in seiner Gesamtheit spiegelte er den Grundtenor der Partei. Die CDU präsentierte sich dabei als eine sicherheitsorientierte, leistungsbewusste und marktwirtschaftliche Partei, die für den sozialen Ausgleich eintrat, diesen aber möglichst nicht durch staatliche Zahlungen erreichen wollte“ (BÖSCH 2002: 40).

Kapitel IV des Grundsatzprogrammes trägt die Überschrift „Soziale Marktwirtschaft“ und umfasst die Artikel 65 bis 113. Darin sind die wirtschaftspolitischen Grundpositionen der CDU, wie sie sich im Laufe der Jahre bis 1978 entwickelt haben, niedergeschrieben. Artikel 65 bis 72 beschreiben die Grundsätze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung aus Sicht der CDU, womit das bekannte Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch die Begriffe Leistung, soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb, Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung umschrieben wird. Als neue Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft werden die Aushöhlung des Wettbewerbes, die Konzentration von Einkommen und Vermögen, die Belastung der Umwelt sowie die Bewältigung des Strukturwandels und Beschäftigungsrisiken genannt. Außerdem werden die Bevölkerungsexplosion, die

Rohstoffknappheit und die Energieversorgung als Herausforderungen gesehen. Artikel 73 bis 97 behandeln die Wirtschaftsordnung. Darin werden eine Weiterentwicklung der Wettbewerbsgesetzgebung sowie der Abbau von Bürokratie für den Mittelstand gefordert. Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer sollen auf Grundlage der Beschlüsse des Hamburger Parteitages von 1973 umgesetzt und die Tarifautonomie gestärkt werden. Das „magische Viereck“ wird in Artikel 81 um das fünfte Ziel der „Sicherung der ökologischen Zukunft“ als Gegenstand der Wirtschaftspolitik erweitert. In Artikel 82 werden Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung, die im Einklang mit dem wirtschaftlichen Wachstum stehen, als Mittel der Beschäftigungsförderung empfohlen. Wirtschaftliches Wachstum soll nicht auf Kosten der natürlichen Umwelt erzielt werden. Technischer Fortschritt und qualitätsorientiertes Wachstum können den Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aufheben. Aufgabe der regionalen Strukturpolitik muss nach Ansicht der Programmautoren die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Gebieten des Staates sein. Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft sollen auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Umweltschutz angewendet werden. Schließlich fordert das Programm eine Steuerpolitik, die an den Prinzipien der individuellen Leistungsfähigkeit, der Steuergerechtigkeit und der Wachstumsförderung ausgerichtet ist. Artikel 98 bis 113 behandeln die Sozialordnung, wobei die Bedeutung der „Neuen Sozialen Frage“ erneut beschrieben wird. In Artikel 107 werden daraus die folgenden Prinzipien einer neuen sozialen Ordnungspolitik entworfen: Konzentration der Sozialleistungen auf die wirklich Hilfsbedürftigen, Schutz erworbener Rechtsansprüche, Wirtschaftlichkeit und Prävention.

### 2.3. Stuttgarter Leitsätze (1984) und zweites Grundsatzprogramm (1994)

Mit dem Regierungsantritt von Helmut Kohl folgte eine Periode, in der die programmatische Arbeit der CDU zunächst nur eine untergeordnete Rolle spielte. Wie zur Zeit der Adenauer-Regierung war die Regierungspolitik der wichtigste Orientierungspunkt für die Partei und ihren politischen Kurs. Eines der wichtigsten Ziele der christdemokratischen „Wende“ war die Konsolidierung der Wirtschaft. Im Jahr 1983/84 kreisten die programmatischen Debatten vor allem um die Frage, wie man den Wirtschaftsaufschwung beschleunigen konnte. Während in der Zeit des ersten Grundsatzprogrammes mit der „Neuen Sozialen Frage“ vor allem der „linke“, soziale Parteiflügel Impulse gegeben hatte, trat nun der liberale Wirtschaftsflügel hervor. So zeichnen sich die 1984 verabschiedeten **Stuttgarter Leitsätze** durch ein wirtschaftspolitisches Profil aus, das wesentlich marktliberaler war als bisherige Programmtexte (vgl. BÖSCH 2002: 46-47). Im Mittelpunkt standen etwa die Forderungen, Subventionen abzubauen, Steuern und Lohnnebenkosten zu senken, Tarifverträge und Arbeitszeiten zu flexibilisieren und Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich einzuleiten.

Abschnitt II der Stuttgarter Leitsätze analysiert den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Artikel 2 beschreibt die sektorale Verschiebung der Arbeitsplätze von der Produktion in den Dienstleistungsbereich. Artikel 3 betont die Bedeutung der so genannten informationsorientierten Gesellschaft für Deutschland. Artikel 4 beschreibt die absehbare Verschiebung der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung und spricht von notwendigen Anpassungen der gesetzlichen Alterssicherungssysteme, die der demographische Wandel verursachen wird. In Artikel 5 wird die Wichtigkeit technologischen Fortschritts für den Wirtschaftsstandort Deutschland dargelegt. Artikel 8 beschreibt die zunehmende internationale Arbeitsteilung und das wirtschaftlich-technologische Aufholen der „Dritten Welt“, was als Herausforderung und Chance für die deutsche Wirtschaft gesehen wird. In Abschnitt III werden die Perspektiven und Ziele der Wirtschaftspolitik der CDU dargestellt. Hierbei werden die notwendige Flexibilisierung, Deregulierung und Freisetzung der individuellen Leistungsbereitschaft als Voraussetzung für den notwendigen Strukturwandel stark betont. Bildung und umweltgerechtes Wirtschaften gelten als weitere wichtige Faktoren. Dazu soll die Vollendung des europäischen Binnenmarktes treten. Abschnitt IV legt die politischen Folgerungen aus der zuvor vorgenommenen Situationsanalyse dar. Neben den bereits genannten Maßnahmen des Subventionsabbaus, der Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und Steuersenkungen wird eine Zurückführung des Staatsanteils gefordert. Die öffentlichen Haushalte sollen konsolidiert und die Existenzgründungsförderung von Unternehmen verbessert werden. Bürokratieabbau und intensivierete Forschungs- und Entwicklungsförderung sollen die Bedingungen für Innovationen verbessern. Der Umweltschutz wird wie im ersten Grundsatzprogramm als gleichrangiges wirtschaftspolitisches Ziel bestätigt.

Unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung regte Helmut Kohl im Jahr 1990 eine Erneuerung des Grundsatzprogrammes an, was auch von der Ost-CDU, der Jungen Union und den CDA unterstützt wurde. Im Prozess der Programmmentstehung kamen die unterschiedlichen biographischen und politischen Hintergründe von westdeutschen und ostdeutschen Christdemokraten deutlich zum Vorschein (vgl. BÖSCH 2002: 58). Im Februar 1994 verabschiedeten die Delegierten des Hamburger Parteitag das **zweite Grundsatzprogramm** der CDU „Freiheit in Verantwortung“. Einige Teile der Partei hielten bis zu seiner Verabschiedung das neue Grundsatzprogramm für überflüssig und forderten noch auf dem Parteitag, dieses gar nicht erst zu verabschieden, sondern das Programm von 1978 auszubauen. Der Grund wurde folgendermaßen beschrieben: „Wenn man den jetzigen Entwurf und das bisher geltende Parteiprogramm miteinander vergleicht, wird man feststellen müssen, daß in den entscheidenden Punkten unseres Selbstverständnisses eine ‚Achsenverschiebung‘ vorgenommen worden ist.“ (MÜHLHAUSEN 1996: 62). Wirtschafts- und sozialpolitisch setzte das neue Programm eher liberale Akzente und knüpfte damit an die Stuttgarter Leitsätze an. War das erste Grundsatzprogramm vom Mittelstandsflügel der CDU als „Linksruck“ kritisiert worden,



war es nun der stellvertretende CDA-Vorsitzende Hermann-Josef Arentz, der die Entwürfe als „einseitig liberal geprägt“ bezeichnete. Tatsächlich fehlten die Abschnitte zur „Chancengerechtigkeit“ und zur „Neuen Sozialen Frage“ fast gänzlich. Stattdessen wurde die Eigenverantwortung der Menschen betont, weshalb vom Programmtitel auch als „Freiheit in Eigenverantwortung“ gesprochen wurde (vgl. BÖSCH 2002: 61).

Kapitel III des zweiten Grundsatzprogrammes widmet sich der sozialen Marktwirtschaft, der nun das Attribut „ökologisch“ vorangestellt ist. Doch auch in anderen Kapiteln finden sich wirtschaftspolitisch relevante Aussagen. Sowohl im Abschnitt über Bedingungen des Friedens, wie bei den Prinzipien der Entwicklungspolitik und der „Umweltaußenpolitik“ werden wichtige Ideen vorgetragen: die Änderung des Verhaltens der Industriestaaten, ein Schuldenerlass, die Beteiligung der Bevölkerung der Entwicklungsländer, die Beachtung von sozialen Auswirkungen der Entwicklungspolitik und konkrete Maßnahmen wie der Abbau von Protektionismus, gezielte Frauenförderung und verbesserte Bildung in den Entwicklungsländern (vgl. MÜHLEISEN 1996: 66). Im neuen Kapitel VI zum Umweltschutz („Bewahrung der Schöpfung“) wird eine Verstärkung der ethischen, ökologischen und sozialen Technikfolgeabschätzung gefordert, ein neues Wachstumsverständnis und eine Umweltpolitik, die „unabhängig von Konjunkturschwankungen und Modemeinungen“ sein soll. Konkret bedeutet dies für die Programmautoren Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, Reduzierung der Mobilität, Mitwirkung der Umweltverbände und Einsparung von Energie. Die Förderung von regenerativen Energien soll mit gleichem Nachdruck geschehen, „wie wir in der Vergangenheit die Kernenergie entwickelt haben.“ (MÜHLEISEN 1996: 67-68). Die Erweiterung des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft zu einer „ökologischen und sozialen Marktwirtschaft“ erscheint der weitestgehende Modernisierungsschritt der Programmautoren. Im Folgenden sollen einige Punkte aus dem so überschriebenen Kapitel III des Programms näher betrachtet werden (vgl. FUEST 1993: 8-34).

Als Prinzip (1. Abschnitt von Kapitel III) tritt neben Markt und Wettbewerb (Ziffer 68) und der Sozialen Ordnung (Ziffer 69) nun die Ökologische Ordnung (Ziffer 70). Das Programm räumt damit der Umweltpolitik einen neuen, herausragenden Stellenwert in der Programmatik der CDU ein. Dabei soll eine Synthese von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie geschaffen werden. Neben dem Ordnungsrecht werden marktwirtschaftliche Anreize zum Umweltschutz befürwortet, wie etwa im Steuerrecht, bei Umweltabgaben oder dem Zertifikatehandel. Ziel sind „ökologisch ehrliche Preise“ und ein neues, qualitatives Verständnis von Wirtschaftswachstum. Der zweite Abschnitt von Kapitel III widmet sich der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Zunächst wird die Notwendigkeit festgestellt, angesichts der verstärkten internationalen Konkurrenz und der deutschen Wiedervereinigung, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschland zu verbessern (Ziffer 72). Dazu werden der Ausbau der Infrastruktur, Innovation, Bildung, Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung als Mittel empfohlen. Damit

einhergehen sollen Bürokratieabbau, Deregulierung, Privatisierung und Subventionsabbau. Die Programmautoren unterstützen die Bildung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und treten für einen freien Welthandel ein. (Ziffer 73 und 74). Im Bereich der Steuern und Finanzen wird eine Senkung der Steuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gefordert. Ertragsunabhängige Steuern sollen vermindert und die Harmonisierung in Europa vorangetrieben werden. Der Gedanke der Verteilungsgerechtigkeit muss vor dem Hintergrund der Leistungsgerechtigkeit als Grundprinzip der Steuerpolitik gelten (Ziffer 76). Geldwertstabilität soll auch im europäischen Rahmen Leitbild der Währungspolitik bleiben (Ziffer 77). In der Verkehrspolitik werden Preise für die Nutzung der einzelnen Verkehrsträger eingefordert, die neben ihren Wegekosten auch die Kosten der Umweltbelastungen beinhalten. Die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur soll über Nutzungsentgelte geschehen (Ziffer 87). Der 3. Abschnitt von Kapitel III des Grundsatzprogramms behandelt den Umbau des Sozialstaates, der als notwendig erachtet wird, um die soziale Gerechtigkeit zu sichern. In Ziffer 97 wird eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten gefordert. Es wird von grundlegenden Korrekturen an den Systemen der sozialen Sicherung gesprochen (Ziffer 99): „Nicht der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, sondern der Umbau muss daher unser Ziel sein. Neben der stärkeren Förderung und Forderung von Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung wollen wir das Versicherungsprinzip stärken; unsere Sozialversicherung muss schrittweise von den Aufgaben finanziell befreit werden, die gesamtstaatlicher Natur sind und über Steuermittel finanziert werden müssen.“ Aufgrund der demographischen Entwicklung werden Anpassungen im Rentenrecht für notwendig erachtet und eine wachsende Bedeutung der privaten Altersvorsorge gesehen (Ziffer 100).

Seit dem Grundsatzprogramm von 1994 wurden die wirtschaftspolitischen Grundpositionen der CDU weiterentwickelt. Unter dem zunehmenden Eindruck der wirtschaftlichen Globalisierung entstand unter der Führung von Angela Merkel der Begriff der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“. Im August 2001 legte die Kommission der CDU zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft einen wirtschafts- und sozialpolitischen Programmentwurf vor. Dieses Papier wurde mit seinem Konzept der Steuervereinfachung bekannt und schlug eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes vor, was durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes und mehr befristete Arbeitsverhältnisse erreicht werden sollte. Die staatliche Sozialversicherung sollte zunehmend durch Eigenvorsorge ergänzt werden (vgl. BÖSCH 2002: 71). Diese Konzeption, deren Elemente auch den Bundestagswahlkampf 2005 prägten, wird in das nächste Grundsatzprogramm der CDU Eingang finden. Im ersten Halbjahr 2006 sollen die Vorbereitungen für seine Erarbeitung weiter vorangetrieben werden.

### 3. Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Grundsatzprogrammatik der SPD

#### 3.1. Von 1945 bis zum Godesberger Programm (1959)

Die bestimmende Figur der deutschen Sozialdemokratie in den ersten Jahren nach 1945 war Kurt Schumacher. Er leitete den Wiederaufbau der Partei nach dem Krieg und beeinflusste maßgeblich ihre inhaltliche Positionierung. Schumachers Denken war in großen Teilen vom Marxismus geprägt (vgl. MILLER/POTTHOFF 1991: 181). Im Sommer und Herbst 1945 erarbeitete Schumacher **Politische Richtlinien** für die SPD, die mit der Einladung zur „Reichskonferenz“ in Hannover im Oktober 1945 an die Bezirke versandt wurden. In den Richtlinien wird als Ziel der Parteiarbeit „Sozialismus und Demokratie“ ausgegeben, was unter anderem durch die Überwindung des „Finanzkapitalismus“ erreicht werden sollte (vgl. DOWE/KLOTZBACH 2004: 39-41). Was das auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik bedeutete, wurde in den Diskussionen der Partei im Laufe der nächsten Monate deutlich: „Lenkungswirtschaft und Sozialisierung“ bedeute die „Verwirklichung der sozialistischen Idee auf wirtschaftlichem Gebiete“. „Ein neuer Ordnungsrahmen auf sozialistischer Grundlage“ müsse für die deutsche Volkswirtschaft geschaffen werden, der „die zu sozialisierenden Grundstoffindustrien und die staatlich kontrollierten Finanzinstitute“ umfassen solle. Einige Jahre später, auf dem SPD-Parteitag 1950 wurde noch einmal explizit aufgeführt, welche Teile der Wirtschaft sozialisiert werden sollten: die Schlüsselindustrien der Bergwirtschaft, Eisen und Stahl, die Energiewirtschaft, die Großchemie, die Großunternehmen der Baugrundstoffe, die Großbanken, die großen Versicherungsgesellschaften und schließlich ausgewählte Monopolbetriebe (vgl. MILLER/POTTHOFF 1991: 183). Das wirtschaftspolitische Programm der SPD war zu dieser Zeit noch von zwei Prämissen geprägt: Erstens würde der Wiederaufbau mit kapitalistischen Methoden zum Scheitern verurteilt sein und zweitens sei das deutsche Volk nach den Erfahrungen von Diktatur und Krieg von einer „antikapitalistischen Sehnsucht“ erfüllt, die die Sozialdemokratie befriedigen müsse. Der Wirtschaftsaufschwung nach der Währungsreform und während der ersten Wahlperiode unter der Regierung Adenauers zeigte, dass sich die SPD in diesen Punkten geirrt hatte. 1953, nach dem Tod Schumachers, verlor die SPD gegenüber der Wahl von 1949 0,4 Prozent des Stimmenanteils. Dieses Ergebnis löste in der Partei eine Diskussion von einer nach 1945 noch nie da gewesenen Intensität aus, an der sich weite Teile der SPD beteiligten. Innerhalb der Partei wurde die Notwendigkeit festgestellt „Ideologischen Ballast“ abzuwerfen, zu dem auch weite Teile der marxistischen Wirtschaftstheorie gehörten. Auf dem Berliner Parteitag 1954 wurde die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung eines Grundsatzprogrammes beschlossen. Im November 1959 wurde der Entwurf zu einem Grundsatzprogramm auf einem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg angenommen. Dieses **Godesberger Programm** positionierte die SPD auf

dem Gebiet der Wirtschaftspolitik grundlegend neu (vgl. MILLER/POTTHOFF 1991: 202-205).

Das Godesberger Programm gilt als entscheidende Zäsur in der Geschichte der SPD, da mit ihm eine Öffnung für neue Wählerschichten eingeleitet wurde. Aus der reinen Arbeiterpartei konnte so eine Volkspartei mit einer pluralistischen Mitglieder- und Wählerstruktur werden (vgl. FÖRSTER 1996: 145). Das Godesberger Programm vollzieht den Abschied von antikapitalistischen Instrumenten zur Verwirklichung des Sozialismus. Die individuelle Freiheit des Einzelnen wird als Grundwert eines demokratischen Sozialismus angesehen. Damit werden Rechtsstaat und Privateigentum prinzipiell anerkannt. Die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln ist nach dem Godesberger Programm nur dann zweckmäßig und notwendig, wenn die Eigentumsituation freiheitliche Wirtschaftsverhältnisse behindert. Genannt sind Fälle der Wettbewerbsbeschränkung und politischer Missbrauch durch die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht (vgl. DOWE/KLOTZBACH 2004: 46-47). Im Abschnitt „Eigentum und Macht“ heißt es unmissverständlich: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.“ Das Godesberger Programm enthält im Abschnitt „Stetiger Wirtschaftsaufschwung“ eine klare Absage an eine zentrale gelenkte Staatswirtschaft: „Der moderne Staat beeinflusst die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. [...] Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken. [...] Freier Wettbewerb und freie Unternehmensinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. [...] Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit.“ Damit bekennt sich die SPD zu einer modernen Auffassung von Wirtschaftspolitik in der Art, wie sie in westlichen Marktwirtschaften verstanden wird.

Gleichzeitig betonen die Programmautoren die große wirtschaftspolitische Verantwortung des Staates: „Mehr als ein Drittel des Sozialproduktes geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt.“ Im Programm wird darüber hinaus die wichtige Rolle staatlicher, gemeinwirtschaftlicher Unternehmen zur Sicherung des Wettbewerbs und zur Begrenzung der Macht der Großwirtschaft betont. Gleichzeitig wird aber von der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in der Hand des Staates gewarnt. Die SPD strebt im Godesberger Programm eine Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland mit Hilfe der Lohn- und Gehaltspolitik an. Für die Verwirklichung dieses Ziels wird die Bedeutung eines stetigen Wirtschaftswachstums betont. Auf dem

Gebiet der Sozialordnung spricht sich das Godesberger Programm für eine umfangreiche staatliche Absicherung der großen Lebensrisiken Krankheit und Alter aus. Die Renten sollen dynamisch angepasst und die wirtschaftliche Absicherung im Krankheitsfall soll sichergestellt werden. Die Arbeitszeit soll bei vollem Lohnausgleich fortschreitend verkürzt werden, „wie es die Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht.“ Die SPD fordert die Ordnung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung in einem Arbeitsgesetzbuch und einem Sozialgesetzbuch.

### 3.2.       Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985 (Orientierungsrahmen '85)

In den Jahren nach dem Godesberger Programm war innerhalb der SPD eine starke Abnahme, zeitweise ein vollständiges Verebben grundsatzpolitischer Diskussionen festzustellen. Die Partei konzentrierte sich bis auf weiteres auf sachbezogene Reformpolitik im bestehenden System der Bundesrepublik Deutschland. Aus dieser Entwicklung folgte das von verschiedenen innerparteilichen Richtungen beklagte „Theorie-defizit“. Seit Mitte der 60er Jahre erneuerte die Studentenbewegung und die sich formierende „Neue Linke“ die programmatische Diskussion in der SPD, die auch nach der Regierungsübernahme im Jahr 1969 weiter anhielt. Das gestärkte Theoriebewusstsein der Sozialdemokraten mündete in den auf dem Mannheimer Parteitag im Jahr 1975 verabschiedeten **„Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985 (Orientierungsrahmen '85)“**, der als „Zwischenstück zwischen Tagespolitik und Grundsatzprogramm“ (Willy Brandt) aufgefasst werden sollte. (vgl. DOWE/KLOTZBACH 2004: 47-49; FISCHER 1990: 58-61). Die wichtigsten Ergebnisse des Orientierungsrahmens '85 auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik waren eine Kritik des herkömmlichen Leistungsbegriffs, die Betonung der weltwirtschaftlichen Interdependenzen und des wechselseitigen Bedingungsverhältnisses von qualifiziertem Wirtschaftswachstum und erfolgreicher Reformpolitik sowie die Bejahung der gewachsenen Verantwortung des Staates für die Bewältigung wirtschaftlicher Probleme. Kapitel 1 beschreibt die „Ziele des demokratischen Sozialismus“ und knüpft darin an die Aussagen des Godesberger Programms an. In Kapitel 2 werden „Bedingungen und Bezugsrahmen“ sozialdemokratischer Politik dargestellt. In verschiedenen Absätzen werden hier die wirtschaftspolitischen Ziele des „magischen Vierecks“ genannt: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wachstum und eine ausgeglichene Handelsbilanz. Unter Ziffer 2.1.2 wird auf die Gefährdung des wirtschaftlichen Wachstums durch die Erschöpfbarkeit der natürlichen Ressourcen und die Umweltzerstörung hingewiesen. Der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft und den daraus resultierenden Herausforderungen soll durch eine Stärkung der internationalen Organisationen begegnet werden. In Ziffer 2.3.1 wird die so genannte „Globalsteuerung“ als wichtiges Instrument der Wirtschaftspolitik genannt, dem aber im nationalen Rahmen Grenzen

gesetzt sind (Ziffer 2.4.1). Größere Verteilungsgerechtigkeit als Bedingung demokratischer und sozialer Stabilität wird unter Ziffer 2.3.2 eingefordert. Das Godesberger Verständnis von Wirtschaftspolitik und der Rolle des Staates werden in Ziffer 2.4 und 2.6 explizit wiederholt und aktualisiert. Ziffer 2.5 entwickelt den Begriff eines „qualitativ“ sinnvollen Wirtschaftswachstums vor dem Hintergrund der Umweltproblematik. Gleichzeitig werden verringerte Wachstumsraten und die damit kleiner werdenden staatlichen Handlungsspielräume problematisiert. Daraus folgen für die Programmautoren Grenzen beim Wachstum der konsumtiven Staatsausgaben und die Forderung einer konsequenteren Beschränkung der Sozialleistungen auf ihre tatsächliche Zielgruppe. Ziffer 2.6.5 beschreibt die im Vorfeld der Programmstehung kontrovers diskutierte Vorstellung von einer gesamtwirtschaftlichen „Investitionskontrolle“. Die Programmautoren sind der Meinung, durch ein abgestuftes Instrumentarium zur Beeinflussung einzelwirtschaftlicher Investitionsmaßnahmen Fehlentwicklungen in der Kapitalentwicklung der Volkswirtschaft als Ganzes verhindern zu können. Kapitel 4 des Orientierungsrahmens '85 widmet sich sechs Schwerpunktbereichen, darunter der Modernisierung der Wirtschaft als Grundlage langfristiger Arbeitsplatzsicherung. Darin werden die in den Grundsatzabschnitten entwickelten Punkte weiter ausgeführt und auf die zum damaligen Zeitpunkt aktuelle wirtschaftliche Lage angewendet. Neben den bereits genannten Punkten wird unter Ziffer 4.1.4 die der Strukturpolitik zugedachte Rolle beschrieben. Sie wird als wichtiges Hilfsmittel der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung angesehen, um sektorale und regionale Fehlentwicklungen zu begrenzen. Zwar lehnt der Orientierungsrahmen '85 echte planwirtschaftliche Elemente ebenso wie das Godesberger Programm ab: „Eine Beseitigung der Unternehmensautonomie durch eine zentrale Wirtschaftsplanung kommt wegen ihrer vielfältigen schädlichen und unerträglichen Folgen nicht in Frage.“ Doch ist die wirtschaftspolitische Grundausrichtung des Dokuments vom Anspruch einer möglichst umfassenden Steuerung der Volkswirtschaft durch den Staat geprägt. Gleichzeitig werden aber auch die Grenzen und Unzulänglichkeiten einer solchen Wirtschaftspolitik angesprochen, die durch eine Verbesserung und Verfeinerung der Steuerungsmechanismen überwunden werden sollen.

### 3.3. Zweites Grundsatzprogramm (1989) und Ergänzungen (1998)

Zeitgleich mit dem Ablauf des Orientierungsrahmens '85 kamen in der SPD Vorbereitungen für die Entwicklung eines neuen Grundsatzprogrammes in Gang. Sie wurden vom Verlust der Regierungsverantwortung im Jahr 1982 mit veranlasst. Es schien an der Zeit für eine programmatische Erneuerung als Oppositionspartei. Zwei Programmkommissionen erarbeiteten von 1984 bis 1989 die Entwürfe. Im März 1989 wurde der endgültige Programmentwurf vorgelegt. Die Verabschiedung war für den Dezember des gleichen Jahres vorgesehen. Die Öffnung und Demokratisierung der DDR und der anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks drohte, den Programm-

Fahrplan kurzfristig durcheinander zu bringen. Die Antragskommission überlegte, den Programmparteitag auf 1991 zu verlegen, um die Auswirkungen der noch nicht abgeschlossenen Umwälzungen auf das eigene Selbstverständnis zu überdenken. Schließlich begnügte man sich mit der Verabschiedung einer Erklärung zur Deutschlandpolitik und fasste die entsprechenden Passagen des Programmentwurfs völlig neu. Am 20. Dezember 1989 wurde das neue **Berliner Grundsatzprogramm** der SPD vom Parteitag verabschiedet. Ab Mitte der 90er Jahre wurde über Ergänzungen des Berliner Grundsatzprogrammes diskutiert. Auf dem Parteitag 1998 in Leipzig wurden im zweiten Kapitel des Programms zwei Seiten eingefügt, die vor allem einen Texteintrag über die Geschichte der Sozialdemokratie in Ostdeutschland enthalten. In seiner „Leipziger Fassung“ hat das Berliner Programm weiterhin Gültigkeit. (vgl. DOWE/KLOTZBACH 2004: 50-54).

Im Januar 1984 legte die Grundwertekommission der SPD dem Parteivorstand eine Einschätzung des Godesberger Programms aus damaliger Sicht vor. Es wurden unter anderem Defizite in folgenden Bereichen festgestellt (LEE 2004: 83):

- „Der Glaube an den stetigen Wirtschaftsaufschwung ist überholt, der den Wohlstand mehrt und Not und Elend beseitigt. In Godesberg waren weder ökonomische noch soziale Grenzen in Sicht gewesen.
- Der Glaube an den technischen und ökonomischen Fortschritt hat an Überzeugungskraft verloren.
- Im Godesberger Programm fehlt die ökologische Dimension
- Die Nord-Süd-Dimension wird nur andeutungsweise sichtbar.“

Damit war vorgezeichnet, auf welchen Gebieten das Berliner Grundsatzprogramm der SPD die Aussagen des Godesberger Programms weiterentwickeln würde. Grundlage blieben die Werte „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ und die Anerkennung des Marktes als wichtigstes ökonomisches Prinzip.

Das neue Grundsatzprogramm ist in fünf Kapitel eingeteilt. Den Kern bildet das vierte Kapitel „Die freie, gerechte und solidarische Gesellschaft - eine neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens“, das zwei Drittel des gesamten Umfangs ausmacht. Die Abschnitte 3 und 4 dieses Kapitels behandeln die Themen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik und reichen von Seite 34 bis 47 des Programmtextes (vgl. LEE 2004: 101-105).

Der dritte Abschnitt des vierten Kapitels ist mit „Durch soziale Gerechtigkeit zur solidarischen Gesellschaft“ überschrieben. In diesen Passagen des Textes verschiebt sich der Akzent der sozialdemokratischen Vorstellung von Sozialpolitik gegenüber den früheren Programmen. Der Leitsatz zu diesem Thema heißt „Umbau statt Abbau des Sozialstaats“ (S.34). Im Zentrum steht nicht mehr die soziale Gerechtigkeit in ihrer klassischen Form, die durch einen steten Ausbau des Sozialstaates erreicht werden sollte (mehr Verteilung, mehr Sicherheit und mehr Mitbestimmung). Stattdessen wird

ein neuer Leitgedanke formuliert: „Qualität vor Quantität. Wer Abbau verhindern will, muss Umbau betreiben“ (S.34). Konkretisiert wird diese Vorstellung durch die Gedanken einer „vorbeugenden Sozialpolitik“ (S.34) und dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ (S.36), was eine bis dahin noch nicht bekannte Betonung der Eigenverantwortung darstellt. Damit erkennt die Partei die Grenzen des bestehenden Sozialstaates an und entwickelt daraus den Begriff einer „sozial verträglichen Wirtschaft“. In den Ausführungen zur Rentenversicherung wird das Problem des demographischen Wandels erkannt und stellt sich für die SPD in erster Linie als eine Frage der „gerechten Verteilung der Lasten“ dar (S.35).

Der vierte Abschnitt des vierten Kapitels trägt die Überschrift „Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften“. Der Leitgedanke des Godesberger Programms „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig“ (S.45) hat nach wie vor zentrale Bedeutung. Das Prinzip eines „gemischten Wirtschaftssystems“ wird damit bestätigt: „In modernen, demokratisch verfassten Industriegesellschaften geschieht die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen durch eine gemischte Wirtschaft, in der Wettbewerb und staatliches Handeln zusammenwirken“ (S.36). Allerdings warnen die Programmautoren an anderer Stelle: „Nicht nur der Markt, sondern auch der Staat kann versagen“ (S.45), wodurch eine größere Skepsis gegenüber einer umfassenden Wirtschaftssteuerung deutlich wird, wie sie noch im Orientierungsprogramm '85 vertreten wurde. Es wird nun versucht das Verhältnis von Politik und Wirtschaft unter der Überschrift „Wirtschaftsdemokratie“ zu beschreiben. Ein zentraler Aspekt bleibt hierbei wie schon im Godesberger Programm die Begrenzung wirtschaftlicher Machtzusammenballung (S.43/44). Dafür werden neue Wege gesucht. Trotzdem hält die SPD an einigen Forderungen des Orientierungsrahmens wie z.B. nach so genannten „Wirtschafts- und Sozialausschüssen“ fest, die als Instrumente einer „demokratischen gesamtgesellschaftlichen Steuerung“ eingesetzt werden und denen Gewerkschaften, Arbeitgeber, Verbraucher- und Umweltverbände angehören sollen (S. 44/45) (vgl. MÜLLER 1990: 55-59).

Gänzlich neue Akzente werden in den Abschnitten „Der internationale Rahmen“ (S.37-39) und „Ökologische Erneuerung“ (S.39-43) gesetzt. In ihnen kommt das zu Anfang des Programms entwickelte neue Fortschrittverständnis zum Tragen. Auf Seite sieben heißt es: „Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklung ergibt keine Zukunft mehr“. Daraus folgt für die Programmautoren, dass Fehlentwicklungen in Technik und Wirtschaft „die natürlichen Lebensgrundlagen“ zerstören (S.42). Konsequenter wird „der ökologische Umbau der Industriegesellschaft“ als „Frage des Überlebens“ bewertet (S.39). Das Thema Ökologie steht im Zentrum des Programmaufbaus und kommt im folgenden Leitsatz zum Ausdruck: „Auf Dauer ist nichts ökonomisch vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist [...]. Das ökologisch Notwendige muss Prinzip ökonomischen Handelns werden“ (S.40). Ein neues Verständnis wirtschaftlichen Wachstums ist die Folge: „Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt“ (S.41). Daran schließt sich die Forde-



rung nach einer „Institution für Technikfolgenabschätzung“ an (S.42/43). Zwar werden technische Innovationen als „unverzichtbar für jede dynamische Wirtschaft“ angesehen, doch wird auch auf diesem Gebiet eine wirksame staatliche Aufsicht gefordert.

Das Berliner Programm der SPD erkennt die Zwangslage, in die der Globalisierungsprozess die nationale Wirtschaftspolitik bringt. Deshalb setzt sich die Partei für deren Internationalisierung ein: „Um zu verhindern, daß Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führt, werden international verbindliche Regeln für soziale und ökologische Produktionsbedingungen nötig“ (S.37). Die Forderung nach internationaler Kooperation und Rahmensetzung verbindet das Berliner Grundsatzprogramm mit dem Ziel einer gerechten und leistungsfähigen Weltwirtschaftsordnung. Abbau von Schulden und Protektionismus, fairer Welthandel und eine stabile internationale Währungsordnung sind dafür vorgesehene Bausteine (S.38). In diesem Zusammenhang wird der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraum gefordert (S.39). Klar benennt das Programm die Grenzen und die Verantwortung nationaler Wirtschaftspolitik: „Obwohl manche unserer Vorstellungen nur noch europäisch oder gar weltweit voll zu verwirklichen sind, muß unser Handeln da beginnen, wo wir unmittelbar Verantwortung tragen“ (S.39).

Die deutsche Wiedervereinigung und die weltwirtschaftlichen Entwicklungen haben in den 90er Jahren zu einer raschen Veränderung der politischen Tagesordnung in Deutschland geführt. Deshalb hat die SPD auf ihrem Berliner Parteitag im Dezember 1999 einen Beschluss zur programmatischen Erneuerung gefasst. Die Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD war für das Jahr 2005 vorgesehen. Durch die vorgezogene Bundestagswahl konnte der Zeitplan nicht eingehalten werden. Dennoch ist in naher Zukunft mit der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD zu rechnen, an dem verschiedene Arbeitsgruppen und die Programmkommission bereits intensiv gearbeitet haben. Impulse aus der siebenjährigen Regierungszeit unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, wie etwa die Agenda 2010, werden darin ihren Niederschlag finden. Nach Ansicht von DOWE/KLOTZBACH (2004) wird im künftigen Programm ein stärkeres Gewicht auf Eigenverantwortung des Individuums gelegt werden als in früheren Programmen. „Der Streit dürfte sich im Wesentlichen um das Ausmaß dieser Umsteuerung drehen (S.54)“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. zur Diskussion um das entstehende Grundsatzprogramm auch Brodkorb/Gurksdies 2004.

#### 4. Quellen

- ASMUSSEN, Holger (Red.) (1978): Christliche Demokratie in Deutschland. Melle.
- BÖSCH, Frank (2002): Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München.
- BRODKORB, Mathias/GURGSDIEN, Erik (2004): Liberaler Kapitalismus oder soziale Demokratie? Banzkow.
- BUCHHAAS, Dorothee (1981): Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973. Düsseldorf.
- DOWE, Dieter/KLOTZBACH, Kurt (Hg.) (2004): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Bonn.
- FISCHER, Holger (1990): Die wirtschaftspolitische Konzeption der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Kassel.
- FÖRSTER, Heinrich (1996): Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD. In: Theo Stammen (Koordination). Programme der politischen Parteien in Deutschland. München. S. 141-154.
- FUEST, Winfried (1993): Die Wirtschaft im neuen Grundsatzprogramm der CDU. Köln.
- GOTTO, Klaus (1978): Das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze. In: Christliche Demokratie in Deutschland, S.21-28. Melle.
- HINTZE, Peter (Hg.) 1995: Die CDU-Parteiprogramme. Bonn.
- LEE, Kyeong-Ho (2004): Parteireform der beiden deutschen Großparteien SPD und CDU in den 90er Jahren. Osnabrück.
- MILLER, Susanne/POTTHOFF, Heinrich (1991): Kleine Geschichte der SPD. 7. Auflage.
- MÜHLEISEN, Hans-Otto (1996). Christlich-Demokratische Union – CDU. In: Theo Stammen (Koordination). Programme der politischen Parteien in Deutschland. München. S.55-71.
- MÜLLER, Emil-Peter (1990): Das Berliner Programm der SPD. Köln.
- SCHÖNBOHM, Wulf (Red.) (1980): Programm und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seit 1945. Bonn.